



Jahrbuch Menschenrechte 2003

Herausgegeben von

Gabriele von Arnim, Volkmar Deile, Franz-Josef Hutter,
Sabine Kurtenbach und Carsten Tessmer

in Verbindung mit

deutsche Sektion von
amnesty international
Ludwig-Boltzmann-Institut
für Menschenrechte (Wien)
Institut für Entwicklung und Frieden
(Duisburg)
Deutsches Institut für Menschenrechte (Berlin)

Suhrkamp

Jahrbuch Menschenrechte 2003, S. 210-220.

Johannes Voswinkel

Viel Leid und wenig Hoffnung: Menschenrechte in Rußland

Der Begriff der »Menschenrechte« geht dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht so leicht von der Zunge. In seinen alljährlichen Reden zur Lage der Nation hat er ihn nie benutzt. Anderes bewegt Putin mehr: Menschenrechte sind für ihn vor allem soziale Ansprüche auf Essen und Wohnen. Er knüpft damit an sowjetische Vorstellungen an und weiß sich einig mit der Mehrheit seiner Landsleute. Die Menschen in Rußland konzentrieren sich auf die Sicherung ihres Alltags. Den meisten von ihnen ist ein staatsbürgerliches Engagement fremd. Viele der zivilgesellschaftlichen Organisationen überleben nur dank der selbstausbeuterischen Arbeit der wenigen Freiwilligen und dank ausländischer Fördergelder.

Dennoch entdeckte Putin die Zivilgesellschaft für sich. Im November 2001 lud der Präsident mehr als 5000 Teilnehmer zum Bürgerforum in den Kremlpalast: Kaninchenzüchter, Hobbyimker und Menschenrechtler. Der Dialog mit der Macht war unter den Organisationen stark umstritten. Kritiker fürchteten, daß der Kreml nur die Ressourcen der zivilen Vereinigungen im Kampf mit der reformfeindlichen

Bürokratie nutzen wollte. Sie warnten vor einer Alibishow, vor der Instrumentalisierung ihrer Arbeit und dem Verlust der Unabhängigkeit. Pragmatiker wie der Moskauer *Memorial*-Chef Arsenij Roginskij sahen dagegen die Chance, wie auf einer Börse ein horizontales Netz der Zusammenarbeit zu knüpfen, um es der Machtvertikale Putins entgegenzustellen. »Wir fanden es wichtig«, erklärt Roginskij, »daß der Staat zeigt: In Rußland gibt es zivile Organisationen, und die Macht muß mit ihnen irgendwie kooperieren.« Doch die neue Liebelei des Geheimdienstobersts Putin mit der Bürgergesellschaft steht in Widerspruch zur Wirklichkeit. [Seitenwechsel]

Tschetschenien

Die Terroranschläge vom 11. September in New York und Washington brachten Putin in seiner Tschetschenienmission Erleichterung. Nachdem sich Rußland in die Anti-Terror-Koalition unter Führung der USA eingereiht hatte, blickten westliche Politiker gnädiger auf das brutale Vorgehen der russischen Streitkräfte in der Kaukasusrepublik. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder plädierte für eine »differenziertere Betrachtung« der Ereignisse in Tschetschenien, und Amerikas Präsident George Bush fand sie kaum mehr erwähnenswert. Die Staatsmänner bestätigten damit einen Vorwurf, den Rußland schon seit langem hegte: Der Westen benutze die Menschenrechte opportunistisch, je nach seiner Interessenlage. In der Tat trugen die west-

lichen Politiker mit ihrer plötzlich so konzilianter Haltung gegenüber Rußlands Tschetschenienkrieg zur Entwertung der Menschenrechte bei.

Der Krieg war Putins erster und zugleich größter Sündenfall, seitdem er im August 1999 in führender Rolle die Politbühne betrat. Die »Polizeiaktion« in Tschetschenien begründete Putins Aufstieg und den Vorwurf, den Krieg als Propagandacoup für das eigene Image genutzt zu haben. Auf kaum ein anderes Thema reagiert der Präsident so scharf, und in seine eher leise Erzählstimme treten sogleich Lautstärke und gnadenlose Strenge. Im Kampf gegen die »terroristische Banditeninternationale« fordert er seit dem 11. September vehement die Solidarität und Unterstützung des Westens.

Die Vorgeschichte des kaukasischen Teufelskreises ist kompliziert. Es gibt keine eindeutige Aufteilung in Gut und Böse. Tschetschenische Kämpfer haben selbst in den letzten Jahren eine Vielzahl von Verbrechen verübt. Aber ebenso offensichtlich ist der brutale Einsatz russischer Truppen, die ihrerseits die Zivilbevölkerung tyrannisieren.

Mehr als 70 000 Soldaten stehen in Tschetschenien, ohne das besetzte Land zu kontrollieren. Am 22. Januar 2001 hatte Putin eine Truppenreduzierung bis auf 20 000 Mann angekündigt. Doch schon im Mai wurde der Abzug gestoppt. Einer politischen Lösung des Konflikts, so schwer sie auch denkbar ist, verweigert sich Moskau. Zwar bot Putin im September 2001 überraschend den tschetschenischen Kämpfern eine 72-Stunden-Frist zur Kap-[Seiten-

wechsellung aller Kontakte mit internationalen Terrororganisationen und für Gespräche an. Doch dies war wohl niemals ernst gemeint. Das Ultimatum hatte Putin in einer Fernsehrede verkündet, in der er auch seine Bereitschaft zur Beteiligung an der internationalen Anti-Terror-Koalition bekanntgab. Vermutlich, so interpretiert es der Vorsitzende der liberalen Jabloko-Partei, Grigorij Jawlinskij, wollte Putin mit der 72-Stunden-Frist die konservative Elite Rußlands von seiner Hinwendung zum Westen ablenken. »Er hat bloß alle paralysiert in Moskau«, kommentiert Jawlinskij. »Alle warteten darauf, was nach den 72 Stunden sein wird. Als Putin später danach gefragt wurde, sagte er: >Ich weiß nicht.< Das war nur ein taktischer Schritt von ihm.«

Der Krieg in Tschetschenien hat die meisten der gesetzten Ziele nicht erreicht. Trotz des brachialen Militäreinsatzes gelang es nicht, alle führenden Kämpfer der Tschetschenen zu ergreifen. Die versprochene zivile Staatlichkeit, die den Bürger respektiert und schützt, funktioniert fast nirgendwo. Der Sog des Krieges verschluckt viele der russischen Kommandeure und tschetschenischen Kämpfer: Sie verfallen der Macht der Gewalt und des Geldes. Das Kriegsbusineß veruntreut Subventionen und beutet illegal im gemeinschaftlich russisch-tschetschenischen Geschäft die Ölquellen aus.

Die Zivilbevölkerung lebt in ständiger Angst vor dem russischen Schreckensregime: Laut Berichten der Menschenrechtsorganisationen *Memorial*, *Human Rights Watch* und *amnesty international* sind

Plünderungen, willkürliche Verhaftungen und Folterungen weit verbreitet. Während der gefürchteten »Säuberungen« (Satschistki) kreisen die russischen Streitkräfte Stadtteile und Dörfer ein, um sie tagelang, Haus für Haus, zu durchkämmen. Verdächtig ist in den Augen der Russen jeder. Die tschetschenischen Männer müssen sich ausziehen. Entdecken die Soldaten Druckspuren auf den Schultern oder irgendwelche Verletzungen, gelten die Männer als Kämpfer. Die Truppen bringen die Verhafteten ohne formelle Anklage und Registrierung in illegale Sammelager, wo sie manchmal in Erdlöchern gehalten werden, oder in sogenannte Filtrationslager. Verhaftete berichten später von Schlägen in die Nieren und Genitalien, von Verhören mit glühenden Zigaretten und Elektroschocks.

Für die Verwandten der Verschwundenen beginnt die Folter der oft monatelangen Ungewißheit. Manche verkaufen ihren Be-[Seitenwechsel]sitz und bestechen Gefängniswärter, um in die Liste der Inhaftierten schauen zu dürfen. Angehörige der Streitkräfte geben die Verhafteten gegen Tausende Rubel oder Dollar frei, je nach Besitzverhältnissen der Familien. Sie treten so die Nachfolge der tschetschenischen Banditen an, die sich seit Jahren auf das Entführungsgeschäft spezialisiert hatten. Sogar für den Lagerort der Leichen haben Militärs Geld erpreßt. In einem Fall garantierte der Offizier den tschetschenischen Eltern: »Wenn es nicht Ihre Söhne sind, bekommen Sie die Summe zurück.«

Sobald ein neues Massengrab entdeckt wurde, machen sich die Angehörigen von Verschwundenen auf den Weg dorthin. Im März 2001 wurden mehr als 50 Leichen nahe der russischen Militärbasis Chankala ausgegraben. Unter den Toten fand sich Nura Lulujewa, über deren Verschwinden die *Moscow Times* später berichtete. Die Mutter von vier Kindern wurde im Sommer 2000 zum letzten Mal bei einem Markt in Grosnyj gesehen, Männer in Militärkleidung zogen ihr eine Haube über den Kopf und zerrten sie in ein Panzerfahrzeug. »Meine Frau war auf den Markt gegangen, um einige Erdbeeren und Kirschen zu verkaufen«, erzählte ihr Mann, Said-Awdi Lulujew. Die Dokumente seiner neunmonatigen vergeblichen Suche, alle Eingaben und flehentlichen Briefe hat er ordentlich in einer Ledermappe gesammelt. Wenige Wochen vor dem Auffinden des Leichnams wurden die offiziellen Untersuchungen zum Verschwinden seiner Frau eingestellt.

Sogar der russische Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow hat eingestanden, daß Soldaten und Angehörige des Innenministeriums in Tschetschenien weiterhin »morden und plündern«. Aber die strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen ist eine Seltenheit. Die zivilen Staatsanwälte sind unmotiviert oder fürchten um ihr Leben, sobald sie das Amtsgelände verlassen. Gegenüber Militärangehörigen haben sie keine Befugnisse. Die Militärstaatsanwaltschaft ermittelt meist ohne Ergebnis.

Präsident Putin rühmte zu Beginn des Jahres 2002, daß 20 Militärs zur Verantwortung gezogen

worden seien. Doch dies ist eine Lappalie gegenüber der großen Zahl dokumentierter Untaten. Der einzige Prozeß gegen einen hochrangigen Offizier, Oberst Jurij Budanow, läuft auf eine milde Strafe hinaus. Budanow, so stellte eine psychiatrische Untersuchung im September 2001 fest, war »emotional verzweifelt«, als er im März zuvor eine 18jährige Tschetschenin erwürgte. Eine Anklage wegen Vergewaltigung [Seitenwechsel] hatten die Staatsanwälte bereits früher fallengelassen. Für zwei der schrecklichsten Massaker in Alchan-Jurt und Nowyje Aldy sind weiterhin keine Schuldigen benannt.

Das Denken vieler Militärs offenbarte der Kommandierende der Streitkräfte im Nordkaukasus, General Gennadij Troschtschew: »Ich würde alle auf einem Platz versammeln und die Banditen aufknüpfen und hängen lassen, damit alle sie sehen.« Später schränkte Troschtschew ein, das Gesagte sei nicht für ein Interview gedacht gewesen, sondern nur für ein Hintergrundgespräch.

Die Zivilisten irren hilflos auf dem Minenfeld des Krieges umher. Tschetschenische Gruppen machen Jagd auf Landsleute, die mit den Russen zusammenarbeiten. Mindestens 18 Distriktleiter und Ortsbürgermeister und wenigstens fünf Imame sind Mordanschlägen auf »Kollaborateure« zum Opfer gefallen, dazu viele Polizisten, Lehrer und Behördenangestellte.

Für Journalisten ist die freie Berichterstattung aus Tschetschenien praktisch ausgeschlossen. Sie dürfen sich nur mit einer Spezialgenehmigung unter Auf-

sicht von Militärs und Geheimdienstagenten an Orten bewegen, die ihre Aufpasser auswählen. Sonst droht ihnen die Verhaftung. Präsident Putin leugnet dennoch die Politik der Verschleierung, mit der die russische Regierung ein Propagandafiasco wie im ersten Tschetschenienkrieg zwischen 1994 und 1996 vermeiden will. »Wir sind absolut offen gegenüber der Presse«, erklärte Putin dreist.

Menschenrechtsorganisationen ist der Zugang nach Tschetschenien grundsätzlich verwehrt. Ihre Mitarbeiter müssen über informelle Quellen oder durch ausführliche Befragungen von Flüchtlingen ein Bild der Ereignisse erstellen. Aktivisten gelangen nur unter Lebensgefahr in die Republik. Am 18. April beschossen Heckenschützen nahe Alchan-Kala den russischen Menschenrechtler Wiktor Popkow in seinem Auto mit humanitärer Fracht. Popkow starb an seinen Verletzungen.

Der Einfluß von Organisationen der internationalen Staatengemeinschaft ist gering. Erst am 15. Juni 2001 konnte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu ihrer Beobachtermission in den Kaukasus zurückkehren. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates sprach im Januar 2001 der russischen Delegation das Stimmrecht wieder zu, um im gemeinsamen Engagement auf das Vorgehen Rußlands besser einwirken zu können. Doch die Ergebnisse blieben enttäuschend. [Seitenwechsel]

Pressefreiheit

Nach einer monatelangen Hatz brachten die Jäger den letzten landesweit empfangbaren und nichtstaatlichen Fernschender, *NTW*, zur Strecke. *NTW* gehörte zu »Media-Most«, dem Medienimperium des Oligarchen Wladimir Gussinskij. Er und Boris Beresowskij, sein Kollege in undurchsichtigen Geschäften, wagten es, dem Präsidenten die Stirn zu bieten. Beide beteiligten sich als Zocker auch am russischen Politikspiel und endeten im unfreiwilligen Exil.

Mitte Februar 2001 bilanzierte ein Vertreter von »Media-Most« mehr als 30 Durchsuchungen durch die Staatsanwaltschaft und die Steuerpolizei – das in Rußland wohlbekannte Drohspektakel unter Einsatz von maskierten und mit Kalaschnikows bewaffneten Spezialeinheiten. Dann versetzte der staatlich gelenkte Konzern Gasprom dem waidwunden Imperium die letzten Schläge: Nach der Übernahme der Kontrollmehrheit wurden die Zeitung *Sewodnja* geschlossen und die Redakteure der Zeitschrift *Itogi* gefeuert. Das führende Journalistenteam von *NTW* verließ den Sender und wechselte zu Beresowskij's Fernsehkanal *TW-6*, dem im Januar 2002 ein ähnliches Schicksal widerfuhr. *NTW* durfte von Gasproms Gnaden weitersenden, journalistisch geschwächt, handzahn und doch um vieles besser als die zwei Staatsprogramme, die sich als willfährige Propagandakanäle präsentieren.

Präsident Putin hatte seinen Haß auf die Oligarchenprogramme bereits im Sommer 2000 offenbart,

als er vor Angehörigen der »Kursk«-Seeleute wütend ausrief: »Das Fernsehen? Also es lügt! Also es lügt! Also es lügt!« *NTW* hatte zuvor den Tschechenkrieg angeprangert und das Versagen der russischen Führung nach dem Untergang des U-Bootes »Kursk« dokumentiert. Putins Vergeltungsdrang gegenüber Gussinskij und Beresowskij macht eine politische Motivation hinter den Übergriffen auf die freie Presse erkennbar. Zwar gibt sich der Präsident gerne naiv und betont, er wisse von nichts in dieser rein wirtschaftlichen Auseinandersetzung. Doch sogar Ex-Präsident Michail Gorbatschow, der Putin eher wohlgesonnen ist, vermutete die Regie des Kremls hinter den Aktionen von Gasprom.

Die Machthaber in Rußlands Regionen folgen in historischer Tradition dem Vorbild des Moskauer Herrschers. Sie ersticken [Seitenwechsel] kritischen Journalismus und halten sich Jubelmedien. Ihnen steht eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung, um die wirtschaftlich schwachen Redaktionen in kurzer Zeit zu vernichten. Der einschüchternde Besuch der Steuerbehörde, der Sanitärinspektion oder der Feuerpolizei reicht zumeist als Disziplinierungsmaßnahme. Die kritische Moskauer Zeitung *Nowaja Gaseta* brachte das Überlebensmotto der Regionalmedien in einer Schlagzeile auf den Punkt: »Lüg oder stirb«.

Spionageanklagen

Putin hat das Präsidentenamt mit dem Versprechen erobert, im Land wieder für Ordnung zu sorgen. Seine harsche Parole scheint den Geheimdienst zu besonders forschem Vorgehen anzutreiben: Er verfertigt mit Verve Spionageanklagen und fordert die Freiheit der Rede heraus. Die Spionageprozesse aufgrund fragwürdiger Klageschriften ziehen sich jahrelang hin, zerstören den Ruf der Beschuldigten, schädigen ihr Leben und ihre Gesundheit.

Nach einer Serie von Gerichtsverfahren wurde der Offizier der Pazifikflotte, Grigorij Pasko, im Dezember 2001 unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vier Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt. Er hatte 1997 einem japanischen Fernsehsender Material über die Verklappung von Giftstoffen im Pazifik durch die russische Kriegsmarine übergeben. Viele Zeugen bestätigen, daß Pasko nur öffentlich zugängliches Material benutzt habe. Die Absurdität der Vorwürfe des Geheimdienstes FSB besteht oftmals darin, daß den Angeklagten Verrat von Landesgeheimnissen vorgeworfen wird, die ihrerseits nur auf einer geheimen Liste verzeichnet sind. Das föderale Gesetz über Staatsgeheimnisse ist sehr allgemein gehalten und erlaubt einzelnen Ministerien oder Behörden, eigene Geheimnislisten zu erstellen. Der Angeklagte kann in seinem Handeln also gar nicht die Brisanz der Informationen erkennen. »All diese Prozesse«, kommentiert der Vorsitzende von *Memorial* in Moskau, Roginskij, »zeigen vor allem das immer-

währende, idiotische, manische Streben unseres Staates zur Geheimnistuerei. Viele Leute an der Macht halten dies noch immer für ein Zeichen der Stärke.« [Seitenwechsel]

Rassismus und Polizeiwillkür

Obwohl das Moskauer Innenministerium keine aussagekräftige Statistik über rassistisch motivierte Vergehen in Rußland führt, ist eine Zunahme von Angriffen auf Menschen vor allem afrikanischer und kaukasischer Herkunft offensichtlich. In Moskau erstach im April 2001 ein Skinhead einen jungen Tschetschenen. Im August verletzten russische Teenager mit abgebrochenen Flaschenhälften und Baseballschlägern einen afrikanischen Asylanten tödlich. Eine Gruppe Skinheads stürmte im Oktober einen Markt und tötete zwei Händler aus dem Kaukasus. Die Polizei bezeichnete die Morde als »Rowdytum«.

Die aufgeführten Gewalttaten stehen für eine Vielzahl von rassistischen Verbrechen im ganzen Land. Auch viele Polizisten folgen rassistischen Vorurteilen vor allem gegenüber den »Schwarzen«, wie Kaukasier abfällig genannt werden: Sie erpresen Bestechungsgelder, wenn die kontrollierte Person keine Registrierung in Moskau vorweist. Das Registrierungsgebot ist zwar verfassungswidrig, besitzt jedoch als Relikt der sowjetischen Zeit weiterhin Bestand. Manche Polizisten schieben Tschechen Munitio oder Drogen unter. Schläge und

Folter gelten in Polizeistationen oft als normales Mittel, um ein Geständnis zu erzielen.

Justiz und Strafvollzug

Das russische Parlament hat im November 2001 ein neues Strafprozeßrecht verabschiedet. Zwar halten auch Befürworter das Gesetz für unzureichend. Doch es bringt bedeutsame Verbesserungen: die Einführung von Geschworenenverfahren bei Anklagen wie Mord und Vergewaltigung und die Bestimmung, daß Haft- und Durchsuchungsbefehle von Richtern nicht wie bisher von Staatsanwälten unterzeichnet werden müssen.

Die Situation in den Gefängnissen und Straflagern kommt nach Ansicht ausländischer Experten noch immer oft der Folter gleich. Vor allem die Untersuchungsgefängnisse sind überfüllt. Häufig teilen sich drei Häftlinge eine Schlafkoje. Die Strafbehörden in Rußland verhaften schnell und ermitteln dann jahrelang. Etwa fünf Millionen Menschen betreten oder verlassen jährlich das Gefäng-[Seitenwechsel]nisssystem. Das Gesetzbuch sieht drakonische Strafen für kleine Vergehen vor. Die Ärztin eines Straflagers im sibirischen Mariinsk erinnert sich: »Da war ein Gefangener, der drei kleine Kinder hatte und nichts zu essen. Der ist nachts in ein Holzhaus eingestiegen und hat Hühner geklaut. Für die Kinder. Mehr als drei Jahre saß er bei uns ein und ist dabei an Tuberkulose erkrankt.« Die Gefängnisse sind Brutherde für Tuberkulose und Aids.

Auch das Jugendstrafrecht ist geprägt vom Gedanken der Bestrafung statt der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Etwa 17 000 Jugendliche leben in 64 Speziallagern oft unter grausamen Umständen. Bereits in den Jugendlagern herrscht das brutale innere Unterwerfungsregime der russischen Gefängnisse. Die Häftlinge sind strikt in Kasten von Kommandierenden bis Erniedrigten aufgeteilt. Die Jugendlager erweisen sich als eine Art höhere Schule für die spätere kriminelle Karriere.

Todesstrafe

Rußland hat die Todesstrafe noch immer nicht abgeschafft. Aber dank des Moratoriums von Präsident Boris Jelzin ist sie seit 1996 ausgesetzt. Alle ausgesprochenen Todesurteile hat ein Präsidentenerlaß im Juni 1999 in Lebenslänglich oder 25-Jahres-Haftstrafen umgewandelt.

Die Mehrheit der Bevölkerung würde eine Wiederaufnahme der Todesstrafe begrüßen. Die Begnadigungskommission unter Führung des Schriftstellers Anatolij Pristawkin, die Putin kürzlich auflöste und durch regionale Komitees ersetzt, bekam in der Zeit ihrer Existenz stapelweise Briefe, in denen die Absender den Tod eines Delinquenten forderten. Vielen erscheint die Todesstrafe als Selbstschutz und Mittel »sozialer Hygiene«. Präsident Putin hat bisher eindeutig Stellung bezogen: »Solange von mir etwas in dieser Frage abhängt«, sagte er, »wird es in Rußland keine Todesstrafe mehr geben.«

Armee und Zivildienst

Auch im Jahr 2001 blieb jungen Männern die von der Verfassung vorgesehene Möglichkeit des zivilen Ersatzdienstes verwehrt, da [Seitenwechsel] das entsprechende Ausführungsgesetz fehlte. Wehrdienstverweigerer werden weiterhin zu Arbeitslagerhaft verurteilt. Anfang 2002 hat das russische Parlament endlich begonnen, Gesetzentwürfe zum Ersatzdienst zu beraten.

Die Armee ist eine Schule der Brutalität. Ihre Lehren prägen die russische Gesellschaft. Zehntausende Wehrpflichtige versuchen, der Gewalt in den Streitkräften zu entgehen. Wer es sich leisten kann, kauft sich gegen 1000 bis 4000 Dollar mit einem Attest über psychologische Probleme oder eine Lungenkrankheit frei. Laut Umfragen fürchtet die Hälfte der Männer einen Einsatz in Tschetschenien, etwa ein Drittel hat Angst vor den Schikanen in den Kasernen.

Die russischen Streitkräfte sind geprägt durch ein System der Herrschaft der Dienstälteren, die »Dedowschtschina«. Soldaten im zweiten Jahr brechen oft grausam den Willen und die Persönlichkeit der Neulinge. Sie verprügeln und foltern die jungen Rekruten, lassen sie mit bloßen Händen die Toiletten putzen oder erpressen sie um Armbanduhr, Geld, Zigaretten. Die Kommandeure schauen meist weg, da das Regime der Dienstälteren die Disziplin in der Einheit absichert.

Viele Rekruten flüchten in den Selbstmord. Einige sterben während der Prügelorgien. Die Täter hängen die Leichname oft jenseits der Kasernenmauern an einen Baum, um den gewaltsamen Tod zu verschleiern. Nach Schätzungen verlieren die Streitkräfte durch die »Dedowschtschina« jährlich 2000 bis 5000 Soldaten. Etwa 5000 Mann desertieren. Genaue Statistiken existieren nicht, da sie das Bild der Armee beflecken würden. Oder sie gelten als militärisches Geheimnis.

Ausblick

Ohne eine wirksame Kontrolle der Streitkräfte, ohne den konsequenten Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems und einer demokratischen Gesellschaftsordnung in Tschetschenien und ohne den Versuch einer politischen Lösung des Konflikts bleibt der Krieg im Nordkaukasus das schwarze Kreuz auf der Liste der Menschenrechtsverletzungen in Rußland.

Die »Machtstrukturen« wie Polizei, Geheimdienst und Streitkräfte haben unter Putin eine bedeutende Aufwertung erfahren, [Seitenwechsel] ohne daß sie sich einer ausreichenden demokratischen Kontrolle unterwerfen müssen.

Seit einem Jahrzehnt verhindert die Armeeführung weitgehend die dringend notwendige innere Reform der Streitkräfte, die der sozialen und moralischen Verelendung entgegenwirken könnte.

Die autoritären Züge des Herrschaftssystems offenbaren sich vor allem in der Einschränkung der Pressefreiheit und der Intransparenz des Staatsapparates und seiner Entscheidungswege.

Ob das Kremlbekenntnis zur Zivilgesellschaft nur ein Public-Relations-Trick ist, wird die zweite Hälfte der Präsidentschaft Putins zeigen. Die Verabschiedung der neuen Strafprozeßordnung und eines Zivildienstgesetzes könnten sich als Lichtblicke erweisen. Doch der Erfolg des neuen Rechts hängt davon ab, ob es konsequent umgesetzt wird.